

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,00 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Rpf. Die Abonnenten und Einzelkäufer, unsere Abonnenten u. Einzelkäufer, nehmen zu beachten. Im Falle höherer Vertriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Abdruck auf Verlangen der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises, Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Angabe: Preis: die 1. Spalte 1000 Zeichen (40 mm breit) 7 Rpf., die 2. Spalte 1000 Zeichen (30 mm breit) 5 Rpf., die 3. Spalte 1000 Zeichen (20 mm breit) 3 Rpf., die 4. Spalte 1000 Zeichen (15 mm breit) 2 Rpf., die 5. Spalte 1000 Zeichen (10 mm breit) 1 Rpf. Nachdruck: 20 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 10 — 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshof: Dresden 2640 Freitag, den 12. Januar 1934

Selbst ist Pflicht.

Die Reichsführung des Winterhilfswerks erläßt folgenden Aufruf:

Adolf Hitler bezeichnet die Achtung vor der Person als einen Grundstein des nationalsozialistischen Staates. Er schreibt in seinem Buch „Mein Kampf“: Die Bewegung hat die Achtung vor der Person mit allen Mitteln zu fördern; hat nie zu vergessen, daß jede Idee und jede Leistung das Ergebnis der schöpferischen Kraft eines Menschen ist, und daß Verwunderung vor der Größe nicht nur einen Dankesgehalt an diese darstellt, sondern auch ein einigendes Band um die Dankenden schlingt. Der Kampf gegen Hunger und Kälte, den das Winterhilfswerk im Herbst des vergangenen Jahres eröffnet hat, hat mit Fürsorge und Wohlwollen im alten Sinne nicht das geringste zu tun. Es ist zwar in das Belieben der Spender gestellt, ob sie sich durch Gaben an dem Winterhilfswerk für die Bedürftigen beteiligen, aber es ist zugleich sozialistische Pflicht, den Notleidenden um des Volkes willen beizuhelfen.

Im nationalsozialistischen Staat haben die ohne ihr Verschulden in Not geratenen Volksgenossen ein heiliges Recht auf die Unterstützung der Nation. Sie nehmen diese Hilfe nicht als untätige Almosenempfänger entgegen, sondern das Winterhilfswerk ist befreit, auch die Notleidenden und Erwerbslosen zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen. Die tätige Mitarbeit der Bedürftigen ist erforderlich, um ihnen das Gefühl zu nehmen, daß sie Bettler oder Almosenempfänger sind. Milde Gaben kränken. Nicht Geschenke gibt derjenige, der opfert, er bezahlt seine Schuld. Der Führer selbst hat in seiner Jugend Jahre der Not durchgemacht. Auch heute kann sich unter den Kindern der Ärmsten, die jetzt auf unsere Unterstützung angewiesen sind, ein Mann befinden, der dereinst Führer des deutschen Volkes sein wird. Menschlicher Wert besteht unabhängig von Geld und Gut.

Das vergangene System hat diese Aufgabe vernachlässigt. Es hat nicht verhindert, daß Millionen von Menschen ohne Erwerb, ohne Arbeit und ohne wirkliche Hilfe gelassen, zu Almosenempfängern herabgewürdigt wurden. Es war die erste Sorge des Volkstanzlers, den Kampf gegen die Pest der Arbeitslosigkeit zu eröffnen. Millionen von deutschen Volksgenossen wurden durch ihn wieder einer fruchtbareren Tätigkeit zugeführt. Der Winter, der die Außerarbeiten behindert, hat das Tempo der Arbeitsbeschaffung vorübergehend gebremst. Inzwischen ist es unsere sozialistische Aufgabe, auf andere Weise dafür zu sorgen, daß unsere erwerbslosen Brüder unterstützt, daß sie selbst, ihre Frauen und Kinder, vor Hunger, Kälte und anderen Lebensnöten beschützt werden. Wir dürfen uns aber nicht damit zufrieden geben, daß diesen Bedürftigen von einer Behörde ein paar Mark Unterstützung geschickt werden, sondern wir müssen zu ihnen gehen, nach ihren Nöten fragen, und uns um sie kümmern. Unser Sozialismus der Tat ist gleichzeitig praktisches Christentum.

Der Kampfgeist, der den Nationalsozialismus zum Siege geführt hat, läßt nach diesem Siege nicht nach. Er ergreift das ganze Volk und entfesselt unerhörte Kräfte. Nationalsozialist sein, heißt Opfer bringen. Wenn heute so mancher sagt, er habe genug geopfert, er sei nicht mehr imstande weitere Opfer zu bringen, so müssen wir ihm sagen, daß das nicht wahr ist. Man kann immer noch ein Glas Bier weniger trinken, immer noch ein paar Zigaretten weniger qualmen.

Wir sind auf die tätige Mitarbeit jedes einzelnen angewiesen. Es ist empörend, wenn gut bezahlte Angestellte immer wieder über die kleinen Opfer jammern, die sie in Gestalt eines monatlichen Abzuges in Höhe von wenigen Mark oder gelegentlich des Eintopfsentzuges bringen. Vom Nationalsozialismus sind solche Menschen noch himmelweit entfernt.

Diejenigen, die Nationalsozialisten zu sein glauben, müssen sich stets ein Beispiel nehmen an den Opfern derer, die um der Idee willen Leben und Gesundheit freudig hingegen haben! So viel wie sie hat noch keiner von uns gegeben. Sie müssen sich ein Beispiel nehmen an unserem Führer, der sein ganzes Leben in den Dienst des Volkes gestellt hat. Der Dank an den Führer, der so oft in überschwinglichen Reden, in schlechten Gedächtnissen und in irrtümlichen „Ehrungen“ aller Art zum Ausdruck kommt, kann allein dadurch ersetzt werden, daß jeder, der sich zu Adolf Hitler bekennt, sein ganzes künftiges Leben, sein Einkommen und seine Kräfte innerlich und äußerlich des Berufes, in den Dienst des Volkes stellt. Das allein ist deutscher Sozialismus.

„Der mit seinem Volke nicht Not und Tod teilen will, der ist nicht wert, daß er unter ihm lebe.“

Reichsführer vom Stein.

Der Erfolg der Arbeitschlacht. Deutschlands Ziel im Jahre 1934.

Berlin, 11. Januar. Im „Arbeitertum“ nimmt Staatssekretär Reinhardt das Wort zu dem Thema: „Ein Jahr Arbeitschlacht“. Nach ausführlicher Betrachtung der bisherigen Entwicklung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im nationalsozialistischen Staat kommt er zu dem Schluß, daß die Arbeitslosenziffern wahrscheinlich im Haushaltsjahr 1934 um weitere 2 Millionen sinken würden. Alle unsere Gesetze, so sagt der Staatssekretär u. a., sind darauf abgestellt, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen und damit nach Arbeit zu erhöhen. Darüber, daß bei uns in Deutschland ein riesengroßer Bedarf vorhanden ist, der nach Deckung geradezu schreit, besteht kein Zweifel; es kommt nur darauf an, daß dieser Bedarf zu Nachfrage und die Nachfrage zur Arbeit führt. Es stehe außer Frage, daß es gelingen werde, die Arbeitslosigkeit weiter durchgreifend zu senken, und in wenigen Jahren sie zu beseitigen.

Das Haushaltsjahr 1933 werde wieder das erste sein, in dem das Einkommen an Steuern nicht mehr um Hunderte von Millionen unter dem Voranschlag zurückbleibe, sondern den Voranschlag erreiche, wahrscheinlich sogar übersteige werde. Allein das Einkommen an Umsatzsteuer werde um wahrscheinlich 20 Millionen das Vorjahres und um 100 Millionen den Voranschlag übersteigen. Im Haushaltsjahr

1933 würden in der deutschen Volkswirtschaft selbst an 14 Milliarden Mark mehr umgesetzt als im Haushaltsjahr 1932. Darin seien mindestens 6 Milliarden Mark Volkseinkommen- und Kaufkraftsteigerung enthalten.

Der Beweis für die Richtigkeit nationalsozialistischer Finanz- und Steuerpolitik sei erbracht.

Es stehe auch außer Frage, daß die Umsätze in der deutschen Volkswirtschaft im Haushaltsjahr 1934 um weitere 12 bis 14 Milliarden Mark und somit das Volkseinkommen um weitere 6 Milliarden Mark steigen würden. Die Umsätze würden also im Haushaltsjahr 1934 um 24 bis 28 Milliarden und das Volkseinkommen um etwa 12 Milliarden größer sein als 1932. Aus dieser voraussichtlichen Entwicklung ergebe sich, daß die Arbeitslosenziffern im Haushaltsjahr 1934 wahrscheinlich um weitere zwei Millionen sinken würden.

Der Staatssekretär erklärt unter anderem noch, daß die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, die bis zum 31. März 1934 läuft, bereits 200 Millionen RM. ergab. Je größer der Betrag werde, um so größer sei die Summe, die gegen die saisonbedingte Einstellung der Arbeit im Winter eingeleitet werden könne. Die bisherige Arbeitschlacht bedeute nur einen Teilschnitt im Rahmen des Gesamtplanes.

Des Führers getreuester Kämpfer.

Zum Geburtstag Hermann Göring.

Hermann Göring wird am 12. Januar 41 Jahre alt. Dieser Tag gibt Gelegenheit, der Arbeit dieses Mannes zu gedenken, der an der Seite des Führers entschlossen und zielbewußt den Kampf Adolf Hitlers um die Macht mitgekämpft hat und der heute, da die Partei diese Macht errungen hat, einer der wichtigsten Männer des neuen Staates ist.



Schon in der ersten Kampfszeit der Partei bis 1923 stand Göring an der Seite des Führers. Im Kriege hatte er sich als Kampfflieger ausgezeichnet, war der letzte Führer der Kampfstaffel Richthofen und Ritter des Ordens Pour-le-Mérite.

Der November 1923 sah Göring an der Spitze der SA, als deren Organisator. Schwer verwundet wurde er nach Tirol gebracht, von wo er — sterblich gefucht — weiter nach Italien flüchten mußte. Später — nach der Neugründung der Partei — stand er wieder als einer der treuesten und engherzigsten Kämpfer neben Adolf Hitler. 1928 war er in der Jüdisch-Männer-Fraktion der NSDAP im Reichstag und bereitete dann als politischer Beauftragter des Führers in Berlin den Weg zum politischen Parteitag, auf dem dann die letzten Entscheidungen fielen.

Am 30. August 1932 wurde er zum Präsidenten des Reichstages gewählt, in welcher Eigenschaft er mit unerhörter Eifer und Umsicht für die Bewegung wirkte.

Der nationalsozialistische Staat überdachte dann neue, schwere Arbeit auf seine Schultern. Göring war der Mann, der mit eigenem Beien das rote Preußen und

damit den Kern des Marxismus in Deutschland von Grund auf austottete. Zur Seite steht dem sein Werk als Reichsminister für Luftfahrt, in welcher Eigenschaft Göring die große Organisation des Luftschutes aufbaute.

Am 1. April 1933 wurde Hermann Göring Ministerpräsident in Preußen. Nun konnte er daran gehen, eine großartige Verwaltungsreform in der Staats- und Gemeindeverwaltung im Sinne des nationalsozialistischen Führerprinzips durchzuführen. Er trug sein Werk mit der aufbauenden Einsetzung und feierlichen Eröffnung des Preussischen Staatsrats.

So steht Göring vor uns als der Typ der kämpferischen Führerpersönlichkeit in Treue seinem Führer ergeben, von unerbittlicher Härte gegenüber den Feinden des Volkes, unermüdetlich und schöpferisch in der Arbeit für sein Volk am neuen Staat.

Rube beglückwünscht Göring.

PPD. Oberpräsident Rube sandte anlässlich des 41. Geburtstages des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring folgendes Telegramm an diesen: „Als Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin und der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen spreche ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, zugleich im Namen sämtlicher Beamten, Angestellten und Arbeiter die aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrem heutigen Geburtstag aus. Neben den Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es Ihrer Tatkraft vergönnt sein möge, auch in Ihrem neuen Lebensjahr an dem Wiederaufstieg unseres deutschen Vaterlandes im Sinne unseres Führers und Volkstanzlers Adolf Hitler an führender Stelle in hervorragendem Maße mitwirken zu können.“

Mit Hitler-Heil
gez. Wilhelm Rube.

Saardeutsches Bekenntnis zum Reich.

Im Landrat des Saargebietes griff Abg. Kiefer von der Deutschen Front scharf die Marxisten und die Regierungskommission an. Ost von tosendem Lärm der Linken umbraust, gab er abermals ein begeistertes Bekenntnis zum deutschen Vaterland ab. „Wir deutschen Menschen“, so rief er, „tragen die Verantwortung in uns selbst.“

Niemand hat das Recht, über die Saarabstimmung zu sprechen, als wir Abstimmungsberechtigten selbst. Keine Regierungskommission hat das Recht, uns die freie Meinungsäußerung zu nehmen, hat uns doch der Versailler Vertrag gegen unseren Willen gezwungen, uns über Abstimmungsmöglichkeiten zu äußern. Und nun will die durch den Versailler Vertrag eingesetzte Regierungskommission uns daran hindern?“

Kiefer ging auch mit der Regierungskommission ins Gericht. Er hielt ihr vor, was sie alles im letzten Jahre ihres Bestehens noch tun könne, nachdem sie es so lange veräußert habe. Er nannte dabei die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit, die Sicherung des Schutzes in der Schulfreiheit, Arbeitsbeschaffungen und schließlich die umgehende praktische Vorbereitung der Volksabstimmung.